



Beschluss

TOP II.1

Sicherungsverwahrung – Umgang mit Parallelfällen

Berichterstattung: Hamburg

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben erneut die besonderen Herausforderungen für die Justiz wie auch für die anderen betroffenen staatlichen wie kommunalen Stellen erörtert, die sich in Fällen ergeben, in welchen als Folge des Urteils des EGMR vom 17. Dezember 2009 über viele Jahre vollzogene Sicherungsverwahrung kurzfristig beendet wurde.**
- 2. Die Justizministerinnen und Justizminister unterstützen die Bemühungen des Bundesgesetzgebers, durch ein Therapieunterbringungsgesetz die rechtliche Grundlage für die Unterbringung von Personen zu schaffen, die infolge des EGMR-Urteils aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden mussten oder müssen, die aber wegen einer psychischen Störung für die Allgemeinheit weiterhin gefährlich sind.**
- 3. Sie sind sich darüber einig, dass mit Programmen zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexual- und Gewaltstraftätern, die einen frühzeitigen Informationsaustausch und eine enge Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Stellen, insbesondere zwischen der Justiz und der für die Gefahrenabwehr primär zuständigen Polizei, regeln, eine wichtige Grundlage geschaffen wurde, um im Rahmen des rechtlich und tatsächlich Möglichen die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.**
- 4. Sie sprechen sich für die Fortführung der engen und vertrauensvollen Kooperation zwischen den Ländern aus, wenn ehemalige Sicherungsverwahrte von einem Bundesland in ein anderes übersiedeln und bitten den Strafrechtsausschuss, in diesem Zusammenhang**

auftretende Fragen, unter anderem zu Führungsaufsichtsweisungen, in die laufende Prüfung der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe einzubeziehen.